BUNDESPARTEIGERICHT
CDU-BPG 2/2006

B E S C H L U S S

In der Parteigerichtssache

der Frau H. W. in R.

**- Antragsgegnerin, Beschwerdeführerin
und Rechtsbeschwerdeführerin -**

g e g e n

den CDU-Kreisverband S.-R. ,
vertreten durch den Kreisvorstand,
dieser vertreten durch den Kreisvorsitzenden
Herrn Dr. J. T. in S.

**- Antragsteller, Beschwerdegegner
und Rechtsbeschwerdegegner -**

wegen Parteiausschlusses

hat das Bundesparteigericht der CDU mit Zustimmung der Verfahrensbeteiligten im schriftlichen Verfahren am 29. August 2006 in Berlin unter Mitwirkung seiner Richterinnen und Richter:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Pia Rumler-Detzel

Präsident des Landgerichts a. D.

Dr. Friedrich August Bonde

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi Lambert-Lang

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Friedrich-Karl Tropf

Rechtsanwalt

Dr. Peter Dany

beschlossen:

- 1. Auf die Rechtsbeschwerde der Antragsgegnerin wird der Beschluss des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes T. vom 25. Januar 2006 aufgehoben.**
- 2. Die Sache wird an das Landesparteigericht des CDU-Landesverbandes T. zur erneuten Verhandlung und Entscheidung mit der Maßgabe zurückgewiesen, dass die Antragsgegnerin ihre Beschwerde gegen die Entscheidung des Gemeinsamen Kreisparteigerichts der CDU-T. vom 10. November 2004 rechtzeitig eingelegt hat.**
- 3. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei; außergerichtliche Kosten und Auslagen werden nicht erstattet.**

Gründe:

I.

Die Antragsgegnerin ist Mitglied der CDU T. seit dem 1. September 1998, und zwar im Kreisverband S.-R.. Mit Beschluss vom 25. Mai 2004 beantragte dieser den Ausschluss der Antragsgegnerin aus der CDU, weil sie als Einzelbewerberin gegen einen CDU-Kandidaten für das Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters von R. kandidiert hatte, obwohl sie bei der Nominierung des CDU-Kandidaten unterlegen war und auch nach intensiven Gesprächen bei ihrer Kandidatur geblieben war.

Der Antragsteller hat die Auffassung vertreten, dass die Antragsgegnerin mit ihrer Kandidatur als Einzelbewerberin für die Wahl zur hauptamtlichen Bürgermeisterin von R. als Gegenkandidatin des von der CDU nominierten Kandidaten gegen § 8 Abs. 2 Nr. 6 der Satzung der CDU T. verstoßen und der Partei großen Schaden zugefügt habe, so dass sie aus der CDU auszuschließen sei.

Der Antragsteller hat beantragt,

die Antragsgegnerin aus der CDU auszuschließen.

Die Antragsgegnerin hat beantragt,

den Antrag zurückzuweisen.

Sie hat vorgetragen, dass ihre Gegenkandidatur für das Bürgermeisteramt in R. keinen Schaden zulasten der CDU hervorgerufen habe. Ihre Kandidatur sei vom Kreisvorstand genehmigt worden; außerdem habe ihre Kandidatur den Wettstreit der Argumente belebt. Die CDU habe außerdem an öffentlichem Ansehen gewonnen, weil sich mit ihrer Kandidatur gezeigt habe, dass sich auch kritische Parteimitglieder zur Wahl stellen dürften. Ferner sei es ihr gelungen, 170 Unterschriften für ihre Kandidatur zu sammeln. Daher habe es für sie kein Zurück mehr gegeben. Nach ihrer Wahl als CDU-Gemeinderatsmitglied habe sie unverzüglich ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt; der gewählte Bürgermeister habe andererseits jede Mitarbeit mit und von ihr verweigert.

Das Gemeinsame Kreisparteigericht T. hat durch Beschluss vom 10. November 2004 dem Antrag des Antragstellers stattgegeben. Zur Begründung hat es ausgeführt, dass die Antragsgegnerin als Einzelkandidatin gegen einen CDU-Kandidaten, gegen den sie zuvor bei

der Nominierung als CDU-Bürgermeisterkandidat unterlegen gewesen sei und dass sie nach ihrer Wahl in den Gemeinderat von R. jedwede Mitarbeit in der CDU-Fraktion verweigert habe. Ihre fortwährenden Verstöße gegen die Satzung der CDU T. hätten zwingend zum Ausschluss aus der CDU geführt, da sie auch öffentlich bekannt geworden seien und damit der CDU schweren Schaden zugefügt hätten.

Der Beschluss des Gemeinsamen Kreisparteigerichts T. ist am 22. März 2005 als Einschreiben mit Rückschein bei der Post nach R. an die Anschrift der Antragsgegnerin aufgegeben worden. Der Briefzusteller hat das Einschreiben an die Antragsgegnerin nicht übergeben können, und zwar aus nicht bekannten Gründen. Insbesondere ist nicht vermerkt worden, dass die Antragsgegnerin die Annahme verweigert hätte. Der Briefzusteller hat der Antragsgegnerin eine Benachrichtigungskarte in den Briefkasten geworfen. Die Antragsgegnerin hat das Einschreiben während der siebentägigen Lagerfrist nicht abgeholt. Das Einschreiben mit Gerichtsbeschluss ist an den Absender zurückgeschickt worden.

Am 26. Mai 2005 hat der Landesgeschäftsführer der CDU T. die Antragsgegnerin an ihrem Wohnsitz aufgesucht und ihr persönlich den Beschluss des Gemeinsamen Parteigerichts der CDU T. vom 10. November 2004 übergeben.

Mit Schreiben vom 27. Juni 2005, am selben Tage eingegangen, hat die Antragsgegnerin gegen den Beschluss des Gemeinsamen Parteigerichts T. Beschwerde eingelegt und diese damit begründet, dass ihre Gegenkandidatur vom Kreisvorstand befürwortet worden sei. Daher sei der CDU kein Schaden entstanden. In Anbetracht zahlreicher rechtswidriger Wahlabläufe sei ihre Gegenkandidatur als Einzelbewerberin gerechtfertigt gewesen.

Die Antragsgegnerin hat beantragt,

den Beschluss des Gemeinsamen Kreisparteigericht T. aufzuheben
und den Antrag auf Parteiausschluss zurückzuweisen.

Der Antragsteller hat beantragt,

die Beschwerde der Antragsgegnerin zurückzuweisen.

Der Antragsgegner hat geltend gemacht, dass die Beschwerde der Antragsgegnerin nicht fristgerecht eingelegt worden sei.

Das Landesparteigericht hat zunächst mit Vorbescheid vom 5. Oktober 2005 festgestellt, dass die Beschwerde unzulässig sei, weil sie nicht rechtzeitig eingelegt worden sei. Es hat sodann nach Antrag auf mündliche Verhandlung durch die Antragsgegnerin diesen Beschluss am 25. Januar 2006 durch einen weiteren Beschluss bestätigt.

Es hat seine Entscheidung damit begründet, dass die Zustellung des Beschlusses des Gemeinsamen Kreisparteigerichts T. durch Aufgabe bei der Post dazu geführt habe, dass die Antragsgegnerin ihre Beschwerde nicht innerhalb der Frist des § 38 Abs. 1 PGO eingelegt habe. Die Zustellung sei unter Berücksichtigung von § 19 PGO am 25. März 2005 erfolgt. Die Beschwerde der Antragsgegnerin, die am 27. Juni 2005 eingegangen sei, sei daher verspätet gewesen. Auf die persönliche Übergabe des Beschlusses durch den Landesgeschäftsführer der CDU T. sei es nicht angekommen. Mit dieser Übergabe sei keine neue Frist in Gang gesetzt worden.

Gegen diesen Beschluss des Landesparteigerichts vom 25. Januar 2006, zugestellt am 6. Februar 2006, hat die Antragsgegnerin mit Schriftsatz vom 22. Februar 2006 beim Bundesparteigericht Rechtsbeschwerde eingelegt.

Die Antragsgegnerin bleibt bei ihrer Meinung, dass ihr der Beschluss des Gemeinsamen Kreisparteigerichts nicht bereits mit dem Einschreiben mit Rückschein wirksam zugestellt worden sei. Die Fiktion von § 19 Abs. 3 PGO könne sich nur auf ein Einwurfeinschreiben beziehen. Es sei unstreitig, dass der Beschluss ihr nicht zugegangen, sondern an den Absender zurückgesandt worden sei. Auf die persönliche Zustellung durch den Landesgeschäftsführer der CDU hin habe sie rechtzeitig Rechtsbeschwerde erhoben.

Im Übrigen bleibt sie dabei, dass ihre Gegenkandidatur gegen den CDU-Kandidaten nicht satzungswidrig gewesen sei und führt dies weiter aus.

Die Antragsgegnerin beantragt,

1. den Beschluss des Landesparteigerichtes vom 25. Januar 2006 und den zu Grunde liegenden Beschluss des Kreisparteigerichts vom 10. November 2004 aufzuheben sowie den entsprechenden Beschlussantrag des CDU-Kreisvorstandes S.-R. auf Parteiauschluss abzuweisen;

2. festzustellen, dass die Antragsgegnerin seit September 1998 ordentliches Mitglied der CDU Deutschlands ist und seither keine Einschränkungen der Mitgliedsrechte bestanden hätten.

Der Antragsteller beantragt,

die Rechtsbeschwerde zurückzuweisen.

Er bleibt dabei, dass die Rechtsbeschwerde unbegründet sei, weil die Beschwerde zu Recht als verfristet abgewiesen worden sei.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Schriftsätze verwiesen.

II.

Die form- und fristgerecht eingelegte Rechtsbeschwerde führt zur Zurückverweisung der Sache an das Landesparteigericht zur erneuten Verhandlung und Entscheidung.

Das Landesparteigericht hat die Zulässigkeit der Beschwerde der Antragsgegnerin vom 27. Juni 2005 gegen den Bescheid des Gemeinsamen Kreisparteigerichts T. vom 10. November 2004 zu Unrecht verneint. Die Beschwerde ist rechtzeitig erfolgt und war nicht verfristet.

Der Beschluss des Gemeinsamen Kreisparteigerichts ist zwar am 22. März 2005 als Einschreiben mit Rückschein bei der Post nach R. an die Anschrift der Antragsgegnerin aufgegeben worden. Der Briefzusteller hat das Einschreiben jedoch nicht übergeben können. Er hat es auch nicht in den Briefkasten der Antragsgegnerin eingeworfen, sondern in die Aufbewahrung bei der Post genommen. Infolgedessen konnte die Zugangsregelung des § 19 PGO nicht zum Zuge kommen. Sie setzt voraus, dass das Einschreiben in den Herrschaftsbereich des Empfängers gelangt ist. Dem Wortlaut der Vorschrift nach könnte es zwar ausreichen, dass ein Einschreiben lediglich zur Post aufgegeben wird und dass es dann in jedem Fall als am dritten Tage nach Auslieferung bei der Post als zugestellt gilt. Im Wege systematischer und auch teleologischer Auslegung ist jedoch festzustellen, dass die Regelung des § 19 PGO keine echte Fiktion, sondern eine widerlegliche Vermutung darstellt. Dementsprechend regelt § 4 Abs. 2 VwZG, dass ein Dokument am dritten Tag nach Aufgabe zur

Post, sei es durch Übergabeeinschreiben oder mittels Einschreiben mit Rückschein, vgl. § 4 Abs. 1 VwZG, als zugestellt gilt, es sei denn, dass es nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Auch § 41 VwVfG regelt zur Bekanntgabe eines Verwaltungsaktes, dass diese fingiert werden kann, und zwar als am dritten Tage nach Aufgabe zur Post erfolgt. Allerdings gilt diese Fiktion gemäß § 41 Abs. 2 Satz 2 VwVfG nicht, wenn der Verwaltungsakt nicht zugegangen ist. Mangels Zugangs ist folglich der Beschluss des Kreisparteigerichts nicht wirksam durch die Post zugestellt worden. Dass der Beschluss im vorliegenden Fall nach der siebentägigen Lagerung bei der Post an den Absender zurückgeschickt worden ist, ist unstrittig. Nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung ist ein Einschreibebrief, der nicht übergeben oder in den Briefkasten geworfen worden ist, auch dann nicht zugegangen, wenn der Zusteller eine Benachrichtigungskarte hinterlässt (vgl. Palandt-Heinrichs, BGB, 65. Auflage, 2006, § 130 Rdn.7 mit Nachweisen). Voraussetzung für einen wirksamen Zugang und damit für eine wirksame Zustellung ist, dass der Empfänger die Möglichkeit haben muss, in das Einschreiben Einsicht nehmen zu können. Das Einschreiben mit Rückschein konnte im vorliegenden Fall diese Wirkung nicht begründen, weil es nicht durch Einwurf in den Briefkasten in den Herrschaftsbereich der Empfängerin gelangt ist.

Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Antragsgegnerin aufgrund der Benachrichtigung verpflichtet gewesen wäre, zur Post zu gehen, um sich das Einschreiben aushändigen zu lassen. Es kann durchaus verschiedene Gründe geben, warum Einschreibebriefe nicht abgeholt werden. Daher kann in einem solchen Fall die Wirkung einer Zustellung nicht dem Empfänger aufgebürdet werden. Eine allgemeine Obliegenheit dahingehend, Willenserklärungen zu empfangen und deshalb auf Benachrichtigung Briefe von der jeweils zuständigen Poststelle abzuholen, existiert nicht (vgl. OLG Brandenburg, Beschluss vom 3.11.2004, NJW 2005, S. 1585). Da Einschreibebriefe mit Rückschein, wie hier geschehen, zurück gesandt werden, kommt auch eine verspätete Kenntnisnahme nicht in Betracht, die eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Bezug auf Fristwahrung rechtfertigen könnte. Vielmehr ist dann, wenn ein Einschreiben zurückgesandt wird, eine Zustellung nicht erfolgt.

Die Antragsgegnerin musste im vorliegenden Fall auch nicht im März 2006 damit rechnen, dass ihr ein Beschluss vom November 2005 zugestellt werden soll. Auf den Benachrichtigungskarten ist der Absender regelmäßig nicht vermerkt. Es ist auch nicht ersichtlich, dass ihr eine Zustellung im März angekündigt worden wäre. Nur in diesem Falle hätte sich die Antragsgegnerin so behandeln lassen müssen, als wenn ihr das Schreiben im März zugegangen wäre (vgl. OLG Brandenburg, aaO; BAG, Urteil vom 25.04.1996, NJW 1997, S. 146 f.). So lag der Fall hier jedoch nicht.

Da grundsätzlich nach § 19 PGO Zustellungen nur durch eingeschriebenen Brief erfolgen sollen, ist zweifelhaft, ob die Übergabe des Beschlusses durch den Landesgeschäftsführer der CDU T. eine wirksame Zustellung bewirkt hat.

Dies kann jedoch dahingestellt bleiben, denn die Antragsgegnerin hätte ihre Beschwerde selbst dann binnen Monatsfrist – nämlich am Montag, dem 27. Juni 2005 – rechtzeitig eingelegt.

Die Übergabe durch den Landesgeschäftsführer hat auch nicht dazu geführt, dass die Antragsgegnerin innerhalb von zwei Wochen einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hätte stellen müssen gemäß § 32 Abs. 2 VwVfG. Denn eine solche Frist ist wegen der erfolglosen Zustellung nicht in Gang gesetzt worden.

Mithin ist der Beschluss des Landesparteigerichtes aufzuheben.

Eine eigene Sachentscheidung durch das Bundesparteigericht kommt in vorliegender Sache nicht in Betracht, weil vorinstanzlich noch keine tatrichterlichen Erwägungen angestellt worden sind, die eine eigene Sachentscheidung des Rechtsbeschwerdegerichtes rechtfertigen könnte. Es fehlen insbesondere vorinstanzliche Würdigungen zur Schwere der Schadens gemäß § 11 Abs. 1 PGO und zum Übermaßverbot in Bezug auf die in Betracht kommenden Sanktionen unter Einbeziehung der Ordnungsmaßnahmen nach § 10 Statut der CDU.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 43 PGO.

gez. Dr. Rumler-Detzel
Lang

gez. Dr. Bonde

gez. Dr. Lambert-

gez. Tropf

gez. Dr. Dany

Ausgefertigt: Berlin, 1. Dezember 2006